

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	28
§ 1 Problemstellung	28
§ 2 Gang der Darstellung	29
Kapitel 1: Grundlagen	31
§ 1 Entstehungsgeschichte der §§ 13 bis 13 g HGB	31
I. Neuregelung aus dem Jahr 1937 und Änderungen aus dem Jahr 1965	31
II. Umsetzung der Zweigniederlassungsrichtlinie im Jahr 1993	32
III. Das Handelsrechtsreformgesetz von 1998 und das NaStraG	33
IV. Das EHUG aus dem Jahr 2006	33
V. Das MoMiG aus dem Jahr 2008	34
§ 2 Regelungsgegenstand, Systematik und Normzweck	35
I. Regelungsgegenstand	35
II. Systematische Stellung	36
III. Normzweck	37
IV. Auslegung: Berücksichtigung der Grundsätze über die Auslegung angeglichenen Rechts	38
§ 3 Der Begriff der Zweigniederlassung	39
I. Fehlende gesetzliche Definition	39
II. Merkmale der Zweigniederlassung	40
§ 4 Beweggründe für die Errichtung einer Zweigniederlassung	58
I. Organisatorische Gesichtspunkte	58
II. Kostengesichtspunkte	59
III. Unternehmenspolitische Gesichtspunkte	60

Kapitel 2: Registerrechtliche Anforderungen an Zweigniederlassungen von Unternehmen mit der Hauptniederlassung oder dem Sitz im Inland	62
§ 5 Die Errichtung einer Zweigniederlassung	62
I. Der Errichtungsakt	62
II. Errichtungskompetenz	64
§ 6 Die registerrechtliche Behandlung der Errichtung einer Zweigniederlassung für alle Unternehmen gleich welcher Rechtsform (§ 13 HGB)	66
I. Anmeldung	66
II. Eintragungsverfahren beim Registergericht	74
III. Zwangsmaßnahmen bei Verletzung der Anmeldepflicht (§ 14 HGB)	81
§ 7 Veränderungen und Aufhebung	82
I. Änderung eintragungspflichtiger Tatsachen (§ 13 Abs. 1 S. 2 HGB)	82
II. Aufhebung der Zweigniederlassung (§ 13 Abs. 3 HGB)	87
§ 8 Firmenrechtliche Aspekte	89
I. Allgemeine Grundsätze der Firmenbildung	89
II. Zusätzliche rechtsformspezifische Erfordernisse	93
III. Spezifische Probleme bei Fortführung der Zweigniederlassungsfirma	97
IV. Die Firma der Zweigniederlassung im Rechtsverkehr	105
Kapitel 3: Registerrechtliche Anforderungen an Zweigniederlassungen von Unternehmen mit der Hauptniederlassung oder dem Sitz im Ausland	109
§ 9 Grundlagen	109
I. Internationale Zuständigkeit des deutschen Registergerichts	109
II. Anwendbares Recht und Rechtsermittlung durch das Gericht	110
III. Hauptniederlassung oder Sitz im Ausland	110
IV. Bestimmung der Rechtsform des ausländischen Unternehmens	130
§ 10 Registerrechtliches Verfahren für Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen gleich welcher Rechtsform, (§ 13 d HGB)	140
I. Normadressaten	140
II. Verfahren der Anmeldung der Zweigniederlassung	141
III. Änderung und Aufhebung	154
IV. Firmenrechtliche Aspekte	155

V. Sonderproblem: Eintragung des ausländischen Rechtsträgers als Zweigniederlassung bei der Übernahme der Komplementärstellung einer deutschen Kommanditgesellschaft	175
§ 11 Ergänzende Regelungen für die GmbH (§§ 13 e und 13 g HGB)	176
I. Sachlicher Anwendungsbereich der Vorschriften	177
II. Erstanmeldung (§ 13 e Abs. 2 bis 3 a HGB, § 13 g Abs. 2 und 3 HGB)	178
III. Weitere Anmeldungen (§ 13 e Abs. 3 und 4 sowie § 13 g Abs. 4 bis 6 HGB)	225
IV. Optionsrecht bei mehreren Zweigniederlassungen (§ 13 e Abs. 5 HGB)	232
§ 12 Ergänzende Regelungen für die Aktiengesellschaft (§§ 13 e und 13 f HGB)	233
I. Erstanmeldung (§ 13 e Abs. 2 bis 3 a HGB, § 13 f Abs. 2 und 3 HGB)	234
II. Weitere Anmeldungen (§ 13 e Abs. 3 und 4 sowie § 13 f Abs. 4 bis 6 HGB)	239
III. Zweigniederlassung der Kommanditgesellschaft auf Aktien mit dem Sitz im Ausland (§ 13 f Abs. 7 HGB)	240
Zusammenfassung in Thesen	242
Literaturverzeichnis	250

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	28
§ 1 Problemstellung	28
§ 2 Gang der Darstellung	29
Kapitel 1: Grundlagen	31
§ 1 Entstehungsgeschichte der §§ 13 bis 13 g HGB	31
I. Neuregelung aus dem Jahr 1937 und Änderungen aus dem Jahr 1965	31
II. Umsetzung der Zweigniederlassungsrichtlinie im Jahr 1993	32
III. Das Handelsrechtsreformgesetz von 1998 und das NaStraG	33
IV. Das EHUG aus dem Jahr 2006	33
V. Das MoMiG aus dem Jahr 2008	34
§ 2 Regelungsgegenstand, Systematik und Normzweck	35
I. Regelungsgegenstand	35
II. Systematische Stellung	36
III. Normzweck	37
IV. Auslegung: Berücksichtigung der Grundsätze über die Auslegung angeglichenen Rechts	38
§ 3 Der Begriff der Zweigniederlassung	39
I. Fehlende gesetzliche Definition	39
II. Merkmale der Zweigniederlassung	40
1. Zusammenfassende Begriffsmerkmale der Zweigniederlassung eines Kaufmanns nach deutschem Recht und dem Somafer-Urteil des EuGH	40
2. Die Begriffsmerkmale im Einzelnen	41
a) Räumliche Trennung zur Hauptniederlassung	41
aa) Hauptniederlassung	41
bb) Räumliche getrennte Zweigniederlassung	42
b) Leitungsabhängigkeit und Nachordnung	43
c) Selbständige Teilnahme am Rechtsverkehr	43

aa)	Sachlich gleichartige Geschäfte	43
bb)	Keine bloßen Hilfs- und Ausführungsgeschäfte	44
cc)	Auf Dauer angelegt	45
d)	Erforderliche Organisation in personeller Hinsicht	46
e)	Erforderliche Organisation in sachlicher Hinsicht	47
aa)	Eigenes Bankkonto und gesonderte Buchführung?	47
bb)	Zuweisung eines gesonderten Teils des Geschäftsvermögens?	48
f)	Rechtliche Unselbständigkeit	48
3.	Zweigniederlassung einer Gesellschaft	50
a)	Sitz der Kapitalgesellschaft	50
aa)	Auswirkungen der sekundären Niederlassungsfreiheit und des MoMiG für Zweigniederlassungen von Kapitalgesellschaften mit dem Sitz in einem Mitgliedstaat der EU oder dem EWR-Gebiet	50
bb)	Anwendung der Grundsätze auf Zweigniederlassungen von Kapitalgesellschaften aus Drittstaaten?	51
cc)	Zweigniederlassungen inländischer Kapitalgesellschaften	52
b)	Sitz der Personenhandelsgesellschaft	53
aa)	Herrschende Meinung	53
bb)	Mindermeinung	53
cc)	Stellungnahme	54
c)	Doppel- oder Mehrfachsitze	55
d)	Ergebnis	56
4.	Kaufmannseigenschaft des Unternehmensträgers?	57
§ 4	Beweggründe für die Errichtung einer Zweigniederlassung	58
I.	Organisatorische Gesichtspunkte	58
II.	Kostengesichtspunkte	59
III.	Unternehmenspolitische Gesichtspunkte	60
Kapitel 2: Registerrechtliche Anforderungen an Zweigniederlassungen von Unternehmen mit der Hauptniederlassung oder dem Sitz im Inland		62
§ 5	Die Errichtung einer Zweigniederlassung	62
I.	Der Errichtungsakt	62
1.	Voraussetzungen der Errichtung	63
2.	Erwerb eines Handelsgeschäftes	63
II.	Errichtungskompetenz	64

§ 6	Die registerrechtliche Behandlung der Errichtung einer Zweigniederlassung für alle Unternehmen gleich welcher Rechtsform (§ 13 HGB)	66
I.	Anmeldung	66
	1. Anmeldepflicht	67
	2. Anmeldung durch Stellvertreter	68
	a) Anmeldung durch Bevollmächtigte	68
	b) Mitwirkung des Prokuristen	69
	c) Mitwirkung des Handlungsbevollmächtigten	70
	3. Form der Anmeldung	71
	4. Inhalt der Anmeldung	72
	5. Verfahrenserleichterungen zur Anmeldung durch das EHUG	73
	6. Zweigniederlassung der Zweigniederlassung	74
II.	Eintragungsverfahren beim Registergericht	74
	1. Zuständiges Gericht	75
	a) Örtliche Zuständigkeit	75
	b) Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	76
	c) Zuständigkeitsverteilung bei einem Doppelsitz der Gesellschaft	76
	2. Prüfungsverfahren	77
	3. Eintragung und Bekanntmachung und deren Wirkung	79
III.	Zwangsmaßnahmen bei Verletzung der Anmeldepflicht (§ 14 HGB)	81
§ 7	Veränderungen und Aufhebung	82
I.	Änderung eintragungspflichtiger Tatsachen (§ 13 Abs. 1 S. 2 HGB)	82
	1. Eintragungsverfahren und Prüfungsmaßstab	82
	2. Verlegung der Zweigniederlassung	84
	a) Der Begriff der Verlegung	84
	b) Maßgebliche Vorschriften für die registerrechtliche Behandlung	85
	c) Registerrechtliches Verfahren	86
	3. Verfahren bei Wechsel des Rechtsträgers infolge von Umwandlungsvorgängen	86
II.	Aufhebung der Zweigniederlassung (§ 13 Abs. 3 HGB)	87
§ 8	Firmenrechtliche Aspekte	89
I.	Allgemeine Grundsätze der Firmenbildung	89
II.	Zusätzliche rechtsformspezifische Erfordernisse	93
	1. Rechtsformzusatz	93
	2. Aufnahme der Zweigniederlassungsfirma in Satzung oder Gesellschaftsvertrag	94
	a) Herrschende Meinung	95
	b) Gegenmeinung	95
	c) Stellungnahme	96

III.	Spezifische Probleme bei Fortführung der Zweigniederlassungsfirma	97
	1. Firmenfortführung bei Erwerb eines Handelsgeschäfts und Fortführung als Zweigniederlassung	97
	2. Firmenfortführung bei Veräußerung nur der Haupt- oder der Zweigniederlassung	97
	a) Zulässigkeit der Firmenfortführung	98
	b) Gründung einer Zweigniederlassung bei Bestehen einer abgeleiteten Firma	100
	c) Veräußerung einer Zweigniederlassung als selbständiges Unternehmen bei Bestehen einer abgeleiteten Firma	101
	aa) Herrschende Meinung	102
	bb) Gegenmeinung	103
	cc) Stellungnahme	103
	dd) Ergebnisse	104
IV.	Die Firma der Zweigniederlassung im Rechtsverkehr	105
	1. Die Firma der Zweigniederlassung im Prozess	105
	2. Die Firma der Zweigniederlassung im Grundbuchrecht	107
	Kapitel 3: Registerrechtliche Anforderungen an Zweigniederlassungen von Unternehmen mit der Hauptniederlassung oder dem Sitz im Ausland	109
§ 9	Grundlagen	109
I.	Internationale Zuständigkeit des deutschen Registergerichts	109
II.	Anwendbares Recht und Rechtsermittlung durch das Gericht	110
III.	Hauptniederlassung oder Sitz im Ausland	110
	1. Maßgebliches Recht für die Qualifizierung bei Gesellschaften und juristischen Personen	111
	a) Sitztheorie	111
	b) Gründungstheorie	112
	c) Auswirkungen der Rechtsprechung des EuGH	112
	aa) Centros	113
	bb) Überseering	115
	cc) Inspire Art Ltd.	116
	dd) Cartesio	120
	ee) Folgerungen aus der Rechtsprechung des EuGH für Gesellschaften, die in der Europäischen Union gegründet wurden	122
	d) Gesellschaften aus Vertragsstaaten des EWR	124
	e) Gesellschaften aus den USA	125
	f) Gesellschaften aus sonstigen Drittstaaten und solche ohne „genuine link“ zum Gründungsstaat	126
	2. Hauptniederlassung des Einzelkaufmanns	128
	a) Ansichten hinsichtlich der Anknüpfung für die Kaufmannseigenschaft	128

b) Stellungnahme	129
3. Bestehen der Hauptniederlassung oder der Gesellschaft mit Sitz im Ausland	130
IV. Bestimmung der Rechtsform des ausländischen Unternehmens	130
1. Richtliniengebundenheit der Einordnung von Kapitalgesellschaften aus Mitgliedstaaten der EU und des EWR	130
2. Substitution	131
3. Qualifizierung des Einzelkaufmannes	132
4. Qualifizierung der Personenhandelsgesellschaft	133
a) Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft und GmbH & Co. KG	133
b) EWIV	135
5. Qualifizierung der Kapitalgesellschaft	135
a) Qualifizierung der Aktiengesellschaft	136
b) Qualifizierung der Kommanditgesellschaft auf Aktien	138
c) Qualifizierung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung	138
d) Qualifizierung der Unternehmungsgesellschaft (haftungsbeschränkt)	140
§ 10 Registerrechtliches Verfahren für Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen gleich welcher Rechtsform, (§ 13 d HGB)	140
I. Normadressaten	140
II. Verfahren der Anmeldung der Zweigniederlassung	141
1. Der Errichtungsakt der Zweigniederlassung	141
2. Anmeldepflicht	141
a) Anmeldepflichtige Personen	142
b) Anmeldepflicht des Zweigniederlassungsleiters?	143
c) Folge der Anmeldepflicht	144
d) Anmeldung durch Bevollmächtigte	144
3. Grundsatz der Behandlung als Hauptniederlassung und Vorbehalt des Gesellschaftsstatuts	145
4. Inhalt der Anmeldung	146
a) Einzelkaufmann	146
b) Personenhandelsgesellschaft	147
c) Juristische Personen	148
5. Form und Sprache der Anmeldung	148
6. Anlagen zur Anmeldung	148
7. Verfahren beim Registergericht	149
a) Örtliche, sachliche und funktionelle Zuständigkeit	149
b) Prüfungsumfang	149
c) Eintragung durch das Gericht der Zweigniederlassung	151
aa) Eintragungen entsprechend einer Hauptniederlassung sowie die Regelung des § 13 d Abs. 2 HGB	151
bb) Eintragungsfähigkeit von nicht vergleichbaren Bestimmungen	152
cc) Eintragungen gemäß KWG und VAG	153

d)	Wirkung der Eintragung	153
e)	Bekanntmachung durch das Gericht der Zweigniederlassung	154
III.	Änderung und Aufhebung	154
IV.	Firmenrechtliche Aspekte	155
1.	Anwendbares Recht	155
a)	Meinungsstand	156
aa)	Herrschende Meinung	156
bb)	Mindermeinung	157
b)	Stellungnahme	158
2.	Sonderanknüpfung/Überlagerung als Korrektiv	158
a)	Bereiche einer möglichen Sonderanknüpfung/Überlagerung	160
b)	Europäische Grundfreiheiten	160
aa)	Allgemeine Grundsätze	161
bb)	Differenzierung bei Gesellschaften mit bloßem Satzungssitz im Ausland?	163
cc)	Kennzeichnungs- und Unterscheidungskraft der Firma (§ 18 Abs. 1 HGB)	164
dd)	Irreführungsverbot (§ 18 Abs. 2 HGB)	166
ee)	Unterscheidbarkeit vor Ort (§ 30 HGB)	166
ff)	Rechtsformzusatz	167
(1)	Form des Rechtsformzusatzes	168
(2)	Herkunftslandbezeichnung	169
gg)	Sprache	171
hh)	Beachtung eines gesetzlichen Bezeichnungsschutzes?	172
ii)	Abweichende Zweigniederlassungsfirma	173
jj)	Ergebnis	174
c)	Drittstaaten	174
V.	Sonderproblem: Eintragung des ausländischen Rechtsträgers als Zweigniederlassung bei der Übernahme der Komplementärstellung einer deutschen Kommanditgesellschaft	175
§ 11	Ergänzende Regelungen für die GmbH (§§ 13 e und 13 g HGB)	176
I.	Sachlicher Anwendungsbereich der Vorschriften	177
II.	Erstanmeldung (§ 13 e Abs. 2 bis 3 a HGB, § 13 g Abs. 2 und 3 HGB)	178
1.	Anmeldebefugnis und –verpflichtung	178
2.	Anmeldung durch Bevollmächtigte	178
3.	Inhalt der Anmeldung (§§ 13 e Abs. 2 S. 1 bis S. 5, 13 g Abs. 2 S. 2 und 3 HGB)	179
a)	Errichtung und Gegenstand (§§ 13 e Abs. 2 S. 1, 3 bis 5 HGB)	179
aa)	Angabe des Gegenstandes des Unternehmens neben dem Gegenstand der Zweigniederlassung?	179
(1)	Rechtslage vor Inkrafttreten des MoMiG	180
(i)	Meinungsstand	180
(ii)	Stellungnahme	182

(2) Änderung durch das MoMiG?	185
(i) Anmeldung und Eintragung nur des Gegenstands der Zweigniederlassung	185
(ii) Doppeleintragung und entsprechende Anmeldung	186
bb) Anforderungen an die Beschreibung des Gegenstands des Unternehmens und des Gegenstands der Zweigniederlassung	186
(1) Anwendbares Recht	186
(2) Inhaltliche Anforderungen, insbesondere hinreichende Konkretisierung des Gegenstands der Zweigniederlassung	187
(3) Prüfungsumfang des deutschen Registergerichts	189
b) Angabe der Legitimation sowie Angabe und Eintragung der Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer (§ 13 g Abs. 2 S. 2 HGB i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 2 Abs. 4 GmbHG und § 13 g Abs. 3 HGB i.V.m. § 10 GmbHG)	189
aa) Anwendbares Recht	190
bb) Angabe der Legitimation	190
cc) Abstrakte und konkrete Vertretungsbefugnis	191
dd) Befreiung vom Verbot des Selbstkontrahierens und der Mehrvertretung, § 181 BGB	191
(1) Befürworter der Anmelde- und Eintragungsfähigkeit	192
(2) H.M.: Fehlende Anmelde- und Eintragungsfähigkeit	192
(3) Stellungnahme	193
c) Geschäftsführerversicherung (§§ 13 e Abs. 3 S. 2, 13 g Abs. 2 S. 2 HGB i.V.m. § 8 Abs. 3 S. 1 und § 6 Abs. 2 S. 2 Nr. 2, 3 und S. 3 GmbHG)	195
aa) Rechtslage vor Inkrafttreten des MoMiG	195
bb) Rechtslage seit Inkrafttreten des MoMiG	196
(1) Vereinbarkeit mit der Zweigniederlassungsrichtlinie und den europäischen Grundfreiheiten	196
(2) Versicherung durch alle Geschäftsleiter?	198
(3) Bezugspunkt der Versicherung	199
d) Belehrung über die unbeschränkte Auskunftspflicht (§§ 13 e Abs. 3 S. 3, 13 g Abs. 2 S. 2 HGB i.V.m. § 8 Abs. 3 S. 2 GmbHG)	200
e) Inländische Anschrift der Zweigniederlassung (§§ 13 e Abs. 2 S. 3 HGB)	200
f) Zusätzlicher Zustellungsempfänger (§§ 13 e Abs. 2 S. 4 HGB)	201
g) Weitere Angaben in der Handelsregisteranmeldung (§ 13 e Abs. 2 S. 5 HGB, § 13 g Abs. 2 HGB)	202
aa) Registerangaben der Gesellschaft (§ 13 e Abs. 2 S. 5 Nr. 1 HGB)	202
bb) Rechtsform der Gesellschaft (§ 13 e Abs. 2 S. 5 Nr. 2 HGB)	202
cc) Stammkapital (§ 13 g Abs. 3 HGB i.V.m. § 10 Abs. 1 GmbHG)	203
dd) Ständige Vertreter und deren Vertretungsmacht (§ 13 e Abs. 2 S. 5 Nr. 3 HGB)	203

(1) Begriff des ständigen Vertreters	203
(2) Gesetzliches Vertretungsorgan zugleich als ständiger Vertreter?	204
(i) Befürworter einer doppelten Eintragung	205
(ii) Gegner einer solchen Eintragung	205
(iii) Differenzierende Meinung	206
(iv) Stellungnahme	206
(3) Person des ständigen Vertreters	208
(4) Erfordernis der Bestellung und Anmeldung	208
(5) Vertretungsbefugnis des ständigen Vertreters	209
(6) Prokurist und ständiger Vertreter	210
(7) Eintragung	212
ee) Heimatrecht der Gesellschaft (§ 13 e Abs. 2 S. 5 Nr. 4 HGB)	212
h) Aufnahme der in § 5 Abs. 4 GmbHG getroffenen Festsetzungen, soweit die Zweigniederlassung innerhalb von zwei Jahren nach Eintragung der Gesellschaft errichtet wird (§ 13 g Abs. 2 S. 3 HGB)	213
4. Nachweise und beizufügende Unterlagen (§§ 13 e Abs. 2 S. 2, 13 g Abs. 2 S. 1 HGB)	214
a) Bestehen der Gesellschaft (§ 13 e Abs. 2 S. 2, 1. Hs. HGB)	214
aa) Ordnungsgemäße Errichtung und weiteres Bestehen	214
(1) Handelsregisterauszug und Gründungsurkunden	214
(2) Bescheinigung nach § 21 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BNotO durch den deutschen Notar	215
(3) Gutachterliche Stellungnahme im Sinne von § 24 Abs. 1 S. 1 BNotO	217
(4) Bescheinigung oder Stellungnahme eines Notars oder Rechtsanwalts des Gründungsstaats	217
(5) Formerfordernisse	217
bb) Rechtsfähigkeit	218
cc) Rechtsform	218
b) Nachweis der Vertretungsbefugnis des/der anmeldenden Person/en	218
c) Zusätzliche Beifügung einer elektronischen öffentlich beglaubigten Abschrift des Gesellschaftsvertrages und ggf. einer entsprechend beglaubigten Übersetzung des Gesellschaftsvertrages ins Deutsche (§§ 13 g Abs. 2 S. 1, 12 Abs. 2 HGB)	219
d) Entfallen der Vorlage einer Genehmigung mit Inkrafttreten des MoMiG, und der Zeichnung der Unterschriften mit Inkrafttreten des EHUG	220
aa) Genehmigung	220
bb) Unterschriftszeichnung	221
5. Eintragung und Bekanntmachung (§§ 13 g Abs. 3, 13 e Abs. 2 S. 3 bis 5, 13 d Abs. 2 HGB)	221
a) Eintragung	221
b) Bekanntmachung	222

6. Zustellungen (§ 13 e Abs. 3 a HGB)	222
a) Abgabe von Willenserklärungen und Zustellungen unter der inländischen Geschäftsanschrift oder bei einer gemäß § 13 e Abs. 2 S. 4 HGB gemäß § 13 e Abs. 2 S. 4 HGB eingetragenen empfangsberechtigten Person	222
b) Öffentliche Zustellung	223
7. Angaben auf den Geschäftsbriefen der Zweigniederlassung	224
III. Weitere Anmeldungen (§ 13 e Abs. 3 und 4 sowie § 13 g Abs. 4 bis 6 HGB)	225
1. Personelle Veränderungen	225
a) Änderungen in der Person der Geschäftsführer oder ihrer Vertretungsmacht (§ 13 g Abs. 5 HGB i.V.m. § 39 GmbHG)	226
b) Änderungen in der Person der ständigen Vertreter oder ihrer Vertretungsmacht (§ 13 e Abs. 3 HGB)	226
2. Änderungen des Gesellschaftsvertrages (§ 13 g Abs. 4 HGB)	227
3. Sitzverlegung der Zweigniederlassung	228
4. Aufhebung der Zweigniederlassung (§ 13 g Abs. 6 HGB)	229
5. Auflösung und Liquidation der Gesellschaft (§ 13 g Abs. 5 HGB i.V.m. §§ 65, 67 Abs. 1, 2, 74 GmbHG)	229
6. Anmeldung eines Insolvenzverfahrens (§ 13 e Abs. 4 HGB)	231
IV. Optionsrecht bei mehreren Zweigniederlassungen (§ 13 e Abs. 5 HGB)	232
§ 12 Ergänzende Regelungen für die Aktiengesellschaft (§§ 13 e und 13 f HGB)	233
I. Erstanmeldung (§ 13 e Abs. 2 bis 3 a HGB, § 13 f Abs. 2 und 3 HGB)	234
1. Anmeldebefugnis und –verpflichtung, Inhalt der Anmeldung (§§ 13 e Abs. 2 S. 1 bis S. 5, 13 f Abs. 2 S. 2 bis 4 HGB)	234
a) Sachliche Entsprechung zur GmbH	234
b) Die Regelungen des § 13 f Abs. 2 S. 3, 4 HGB	235
aa) Angabe von Firma und Sitz	235
bb) Angabe des Unternehmensgegenstands?	235
cc) Angaben zum Grundkapital und den Aktien	236
2. Nachweise und beizufügende Unterlagen (§§ 13 e Abs. 2 S. 2 bis 4, 13 f Abs. 2 S. 1 und S. 4 HGB)	237
a) Sachliche Entsprechung zur GmbH	237
b) Die Regelungen des § 13 f Abs. 2 S. 4 HGB	237
3. Eintragung und Bekanntmachung (§§ 13 f Abs. 3, 13 e Abs. 2 S. 3 bis 5, 13 d Abs. 2 HGB), Zustellungen (§ 13 e Abs. 3 a HGB)	238
4. Angaben auf Geschäftsbriefen	239
II. Weitere Anmeldungen (§ 13 e Abs. 3 und 4 sowie § 13 f Abs. 4 bis 6 HGB)	239
1. Änderungen in personeller Hinsicht	239
2. Änderungen der Satzung	240
3. Aufhebung der Zweigniederlassung und Auflösung der Gesellschaft	240

III. Zweigniederlassung der Kommanditgesellschaft auf Aktien mit dem Sitz im Ausland (§ 13 f Abs. 7 HGB)	240
Zusammenfassung in Thesen	242
Literaturverzeichnis	250